

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1918

14. Sitzung (08.05.1874)

urn:nbn:de:bsz:31-28968

Vierzehnte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 8. Mai 1874.

Gegenwärtig:

die Herren: Prälat Dr. Holzmann, Freiherr v. Gayling, Graf v. Kagened, Freiherr v. Röder, Graf v. Berlichingen, Freiherr Carl v. Gemmingen, Oberst Freiherr Wilhelm v. Gemmingen, Freiherr v. Rüd, Professor Dr. Behagel, Kreis- und Hofgerichtspräsident Hildebrandt, Kreis- und Hofgerichtsdirector v. Hillern, Geheimerath Muth, Dennig, Malsch, Hummel, Präsident des Verwaltungsgereichtshofes Rend.

Von Seiten der Regierungskommission:

der Präsident des Staatsministeriums, Herr Staatsminister des Innern Dr. Jolly.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten, Herrn Oberhofrichters Obkircher.

Nach Eröffnung der Sitzung begrüßt der Präsident die nach längerer Pause wieder versammelten Mitglieder des Hauses und betont, daß zwar noch nicht Stoff zu einer Plenarberatung vorliege, wohl aber wegen der inzwischen nöthig gewordenen Ergänzung der einzelnen Commissionen Anlaß zu einer Plenarsitzung gegeben sei. Durch den Tod des früheren Mitgliedes — Director Fecht — sei in mehreren der wichtigsten Commissionen eine Lücke entstanden, die vor der Wiederaufnahme der Thätigkeit dieser Commissionen durch Neuwahl auszufüllen sei. Hieran knüpfte der Vorsitzende ehrende und anerkennende Worte zum Andenken des Hingeshiedenen, schilderte in Kürze das segensreiche Wirken desselben im Justiz- und Verwaltungsdienste, insbesondere in seiner Eigenschaft als Landescommissär, Director des Verwaltungshofes und Landesdelegirter der freiwilligen Krankenpflege im Großherzogthum Baden im Jahre 1870, sowie als Mitglied dieses Hauses.

Der Einladung des Redners folgend, erhebt sich die Versammlung zum ehrenden Gedächtnisse des Verewigten.

Der Präsident bringt sodann zur Kenntniß des Hauses,

- 1) daß Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Wilhelm von Baden in der heutigen Sitzung wegen Theil-

nahme an der Vermählungsfeier des Herzogs Eugen von Württemberg mit der Großfürstin Vera nicht erscheinen könne,

- 2) daß Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Carl um einen zwölfstägigen Urlaub nachsuche,
- 3) daß Seine Durchlaucht der Fürst zu Löwenstein-Freudenberg und
- 4) Freiherr v. Bodmann wegen Privatgeschäften, sowie
- 5) Geheimerath Renaud wegen seiner akademischen Berufsthätigkeit an dem Erscheinen in heutiger Sitzung gehindert seien.

Ferner wird mitgetheilt, daß dem Wunsche des h. Hauses entsprechend inhaltlich eines Präsidialschreibens des Großh. Staatsministers Dr. Jolly zur Abfassung der Sitzungsprotocolle ein Referendär — und zwar der zur Zeit im Secretariate des Großh. Ministeriums des Innern beschäftigte Referendär Otto Beck — zur Verfügung gestellt werde und daß der Genannte heute in Function getreten sei.

Staatsminister Dr. Jolly verliest hierauf eine allerhöchste Entschließung über die Ernennung des Präsidenten

des Verwaltungsgerichtshofs Renck zum Mitgliede der ersten Kammer an Stelle des dahingeshiedenen Mitgliedes — Director Fecht,

Beilage Nr. 246.

Der bereits anwesende Präsident Renck wird — als neu eingetretenes Mitglied — vom Präsidenten nach § 69 der Verfassungsurkunde feierlich beeidigt.

Graf v. Verlichingen übergibt eine Petition des Pfalzgauverbands, die Besteuerung des Grundbesitzes, bezhw. die neue Catastrirung des landwirtschaftlichen Geländes betreffend,

Beilage Nr. 247 (ungedruckt).

Hierauf wurde auf Vorschlag des h. Präsidiums die Ergänzungswahl für die einzelnen Commissionen nach vorheriger Angabe der bisherigen Mitglieder dieser Commissionen vorgenommen.

Hierbei wurde in die Petitionscommission, Gemeindegesetzgebungscommission und sog. staatsrechtliche Commission an Stelle des Directors Fecht der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Renck gewählt. Ferner wird beschlossen, den Initiativantrag der zweiten Kammer bezüglich der Rechtsverhältnisse der Altkatholiken der staatsrechtlichen Commission zur Berathung zu übergeben, sobald derselbe einkommt.

Nach einigen weiteren geschäftlichen Mittheilungen Seitens des hohen Präsidiums wird vom Secretariat als neu eingekommen angezeigt:

- 1) das Gesuch der Stadtgemeinde Stockach um Vertheilung einer gedruckten Erörterung über die Zugrichtung der Bodenseegürtelbahn an die Mitglieder des h. Hauses;
- 2) die Petition des evangelischen Kirchengemeinderaths in Pforzheim, die Erlassung eines kirchlichen Umlagegesetzes betreffend,

Beilage Nr. 250 (ungedruckt);

- 3) die Eingabe des geschäftsführenden Ausschusses für das Project einer Kaiserstuhl-Schwarzwaldbahn durch das Elzthal, als Nachtrag zur Petition wegen dieser Bahn,

Beilage Nr. 249 (ungedruckt);

- 4) die Petition der Gemeindevertretungen der Städte Raftatt und Gernsbach, sowie der Gemeinden des Murgthals, den Fortbau der Murgthaleisenbahn in der Richtung von Gernsbach nach Freudenstadt betreffend,

Beilage Nr. 248 (ungedruckt).

Das hohe Präsidium verliest sodann eine von Freiherrn v. Röder an die Großh. Staatsregierung gerichtete Anfrage: 1) in Betreff der Pensionserhöhungen der vormalig badischen, jetzt im Königl. Preussischen Militärverbände befindlichen Officiere und derjenigen Officiere und Unterofficiere, die in Großh. Diensten verblieben sind, sowie 2) in Betreff der Militärwitwengehälte und 3) des Gratualfonds, der beim vormaligen badischen Kriegsministerium zur Unterstützung bedürftiger Hinterbliebenen verstorbenen Officiere und Unterofficiere bestund.

Freiherr v. Röder betont mündlich, daß das verlesene Schriftstück nicht eine eigentliche Interpellation, sondern lediglich eine einfache Anfrage an die Regierung bilde, bezüglich deren er zum Voraus überzeugt sei, völlig zufriedenstellende Antworten zu erhalten.

Der Präsident erklärt hierauf, die Anfrage geschäftsordnungsgemäß der Großh. Staatsregierung mitzutheilen, und schließt nach einigen die nächste Tagesordnung betreffenden Mittheilungen die Sitzung.

Zur Beurkundung:

Der Secretär:

Malsch.